

Annoncen-
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streissand,
in Lübeck bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Mr. 230.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Amflihes.

Berlin, 1. April. Der Kaiser hat den kaiserlichen Staatsanwalt Eduard Nassau zum kaiserlichen Ministerial-Rath im Ministerium für Elsaß-Lothringen ernannt.

Beim Reichs-Eisenbahn-Amt ist der bisherige Geheime Kanzleisekretär Blaeske zum Vorsteher der kleinen Kanzlei ernannt worden. Der bisherige Geheime Registratur-Assistent Kaufmann ist zum Geheimen Registratur bei dem Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisenbahnen ernannt worden.

Der König hat die Eisenbahn-Direktions-Vorsitzenden Geheimen Regierungsräthe Heinrich Eduard Hensel zu Frankfurt a. M., Ernst Fleck zu Breslau, Engelbert Pape zu Berlin, Julius Alexander Hermann Niedlich zu Magdeburg und Paul Jonas zu Elberfeld zu Eisenbahn-Direktions-Präsidenten mit dem Range der Räthe zweiter Klasse, sowie den bisherigen Gymnasial-Oberlehrer Professor Dr. Kammer zu Königsberg i. Pr. zum Gymnasial-Direktor ernannt; dem Rendanten der königlichen Theaterfamilie zu Hannover Odrog bei seiner Verleihung in den Ruhesatz den Charakter als Rechnungs-Rath und den Bürgermeistern Schramm zu Ratibor und Küper zu Beuthen O.-Schl. den Titel als Ober-Bürgermeister verliehen.

Der bisherige Finanz-Sekretär Görtz aus Hannover ist als Geh. expidirenden Sekretär und Kalkulator im Finanzministerium angestellt worden. Der bisherige Bezirks-Hauptkassen-Buchhalter Gallis aus Hannover ist als Kassirer-Assistent bei der General-Staatsfamilie angestellt worden.

Den Gymnasial-Direktor Professor Dr. Kammer ist die Direktion des Gymnasiums zu Luck übertragen worden. Die Wahl des Oberlehrers Dr. Diekmann an dem Gymnasium in Essen zum Rektor der höheren Bürgerschule in Biesen ist bestätigt worden. Die Berufung des ordentlichen Lehrers Dr. Bernhard Nöldechen von dem Gymnasium in Quedlinburg zum Oberlehrer an dem Gymnasium in Guben ist genehmigt worden. An der Waisen- und Schu-anstalt in Burslau ist der evangelische Lehrer Burghardt, bisher in Hochkirch, Kreis Liegnitz, als Hilfslehrer angestellt worden. Der praktische Arzt Dr. med. Long zu Breslau ist zum gerichtlichen Physikus des Stadtkreises Breslau ernannt worden.

Die Navigations-Vorschullehrer Jessen zu Flensburg und Mühsam zu Barth sind zu Navigationslehrern ernannt. Letzterer ist nach Pillau und der Navigationslehrer Krause daselbst nach Geestemünde verreist.

Politische Uebersicht.

Posen, 2. April.

Eines der ersten Geschäfte des Reichstags nach seiner Wiedereröffnung wird, so schreibt die „N.-L. C.“, die zweite Berathung der Militärvorlage sein. Den Abgeordneten war durch die Unterbrechung der Sitzungen Gelegenheit geboten, an der Hand des vorliegenden Kommissionsberichts vor der definitiven Entscheidung sich noch einmal die ganze Bedeutung des an sie herantretenden Entschlusses zu vergegenwärtigen und sich mit ihren Wahlkreisen über die ohne Zweifel wichtigste Vorlage der Session in's Einvernehmen zu setzen. Es war Seitens der Fortschrittspartei einmal ein Anlauf genommen worden, aus dem Volke heraus eine Bewegung gegen das neue Militärgesetz in's Leben zu rufen, in einer Reihe von nationalliberalen Wahlkreisen durch Resolutionen und andere Kundgebungen auf die Haltung der Vertreter einzuhören. Dieser Versuch ist jedoch aufgegeben; über einige Kundgebungen ist es nicht hinausgekommen, und diejenigen Abgeordneten, welche die Stimmung ihrer Wähler hinsichtlich der neuen Anforderungen an die deutsche Wehrkraft in jüngster Zeit erforschten, werden sicherlich von einer gegen die Militär-Vorlage gerichteten mächtigen populären Strömung nichts bemerkt haben. Zu einem neuen Militärkonflikt ist die unsichere und gefährliche heutige Zeit nicht angehängt, diese Erkenntnis hat sich der weitesten Volkskreise bemächtigt. Die Annahme des Gesetzentwurfs seitens des Reichstags ist denn auch bekanntlich so gut wie sicher. Immerhin aber wird es der vollzähligen Anwesenheit der Freunde der Vorlage bedürfen, wenn eine auch nur einigermaßen ansehnliche Majorität zu Stande kommen soll.

Die „Provinzial-Korrepondenz“ nimmt noch einmal einen kräftigen Anlauf, um die Brauastuer zu retten. Es dürfte aber verlorene Mühe sein. Die Aufnahme der Vorlage in der ersten Lesung und die Thatstache, daß nicht einmal eine Kommissionsberatung beschlossen wurde, haben bewiesen, daß der Gesetzentwurf im Reichstag dermalen keine Aussichten hat. So oft die Erhöhung der Brauastuer auftaucht, ist als unerlässliche Vorbedingung eine gleichzeitige Erhöhung der Branntweinstuer gefordert worden. Die Regierung hat es aber nicht für nötig gehalten, diesem wiederholt ausgesprochenen Verlangen des Reichstags Rechnung zu tragen, und wird nun auch auf die Erhöhung der Brauastuer verzichten müssen, die im Reichstag kaum einen einzigen Fürsprecher und selbst vom Bundesrathstisch nur sehr matte Vertheidiger gefunden hat. Überhaupt ist die Neigung des Reichstags, im gegenwärtigen Augenblick neue Steuern zu bewilligen, mit Recht eine sehr geringe. Noch läßt sich die finanzielle Wirkung der im vorigen Sommer bewilligten Zölle und Steuern nicht übersehen; noch schwelt drohend das Projekt des Tabakmonopols in der Luft; ein noch nicht dementirtes Gerücht meldet sogar, diese Vorlage solle dem Reichstag schon in einer Herbstsession zugehen. Ein solcher Augenblick, voll von Unsicherheit über die Wirkung dessen, was bereits gesetzlich feststeht, und noch mehr über die

Freitag, 2. April.

Inserate 20 Pf. die sechsgespalte Teile über deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

fernersten Projekte des Reichskanzlers, ist sicherlich nicht der geeignete, um fort und fort kleine neue Steuern zu bewilligen, zumal wenn sie volkswirtschaftlich so bedenklich sind wie die Erhöhung der Brauastuer. Die Regierung thäte besser, die Vorlage zurückzuziehen und sich damit eine Niederlage zu ersparen, als noch einmal den aussichtslosen Versuch zu machen, eine Majorität dafür zu gewinnen. Das halbamtliche Blatt findet freilich die gegen die Brauastuer im Reichstag vorgebrachten Gründe, namentlich den inneren Zusammenhang zwischen Vermehrung des Branntweinges und Versteuerung des Biers, nicht überzeugend. Das Blatt wird seinerseits nicht beanspruchen können, mit so tieffühnigen Sätzen eine überzeugende Wirkung hervorzubringen, wie der folgende: „Die allgemeine Hebung der Lage des Arbeiterstandes wird durch die Brauastuer und die mit ihr verknüpfte geringe Erhöhung des Bierpreises nicht aufgehalten werden, denn die Mittel zu diesem Ziel müssen auf ganz anderen Wegen, als in niedrigen Preisen der physischen Genussmittel gesucht werden.“

Der Hartmann'sche Fall hat vielfach wieder die Frage auf die Tagesordnung gebracht, ob nicht eine internationale Verständigung sich erzielen ließe, durch welche das politische Asylrecht für jene flüchtigen Verbrecher, welche Meuchelmord und Todtschlag unter politischem Deckmantel bisher straflos betrieben, durch bindende gegenseitige Vereinbarungen zu beschränken sei. Gestern kommt nun die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in einem inspirierten Artikel zur Diskussion dieser Frage. Sie führt den Nachweis, daß bei der jetzigen Praxis, wie sie eben beim Fall Hartmann zur Geltung gekommen, vorsätzliche Tötung an dem Ersten Besten begangen Mord sei, aber aufshöre Mord zu sein, wenn sie an einem Souveränen oder einflussreichen Staatsmann verübt werde. Das gouvornementale Blatt führt dann aus:

Der Schutz, der durch das Asylrecht dem politischen Verbrecher gewährt wird, kann kaum eine weitere Anwendung finden als auf solche Flüchtlinge, die wegen ihrer Meinungen und wegen Aeußerung, aber nicht wegen Verhüting derselben durch ein gemeinsames Verbrechen verfolgt werden, z. B. die Demagogen aus der Zeit von Kampf und Tschoppe. Sie waren im eminenten Sinne solche Meinungsverbrecher, strafbar deshalb, weil sie eine Ansicht, die an sich nicht unvernünftig, und die nicht durch gemeinsame Verbrechen zum Ausdruck gebracht war, gegenüber der entgegengesetzten Ansicht, die sich derzeit im Besitz der Regierung, der Strafgerichts, oder, wie wir heute sagen, der Majorität befand. Mit der That von Sand wurde unserer Ansicht nach die Grenze überschritten, welche die ideale Stellung des politischen Verbrechers von der des gemeinen trennt. Am wenigsten würden wir, wenn bei uns eine analoge Frage zur Entscheidung vorläge, Bedenken dagegen sehen, jeden Dynamitverbrecher der, um seine Person zu decken, sich nicht scheut, zahlreiche, ihm indifferente Personen zu opfern, seinem Richter zu überliefern, möchte er für sein Verbrechen politische Motive oder die Triebfedern direkten Strebens nach Bereicherung oder sonstiger Verbesserung seiner Lage anführen.“

Man kann aus dieser Auslassung schließen, daß sich in der angedeuteten Richtung ein Meinungsaustausch vorbereitet, welcher in seinen Folgen sehr wohl im Stande wäre, die alten Begriffe vom politischen Asylrecht total umzugestalten.

Die „N. A. Z.“ schreibt offiziös: „In der neuesten Nummer des in Zürich erscheinenden bekannten sozialdemokratischen Zentralorgans „Der Sozialdemokrat“ ist ein vom 7. Juli 1878 datirter Brief abgedruckt, welchen angeblich der berliner Stadtpolitiker Dr. Lewin, an einen seiner Kollegen gerichtet haben soll, und in welchem angebliche Neuhebungen Nobiling's über die Motive zu dem von ihm vollführten Attentate mitgetheilt sind. Aus den letzteren folgt sodann das sozialdemokratische Blatt, daß Nobiling niemals Sozialdemokrat gewesen sei und demnach das Attentat der Sozialdemokratie nicht zur Last gelegt werden könne. Wenn wir auch sonst nicht die Gewohnheit haben, uns mit dem genannten Organ zu beschäftigen, so können wir in diesem Falle dennoch nicht umhin, dies zu thun und hiermit zu konstatiren, daß der mitgetheilte Brief nichts als eine plump, schamlose Fälschung ist, deren Zweck sehr deutlich durch die daran geäußerten Schlüssefolgerungen in die Augen springt. Aber selbst im Falle der Richtigkeit des Schreibens würde der letztere, nämlich die Abschüttelung des Verbrechers Nobiling von den Rockschößen der Sozialdemokratie, nicht erreicht werden. Denn darauf, was der fruste, geistig und körperlich zerstörte Nobiling gesagt hat, wird es niemals ankommen, sondern nur darauf, was der seiner Sinne völlig mächtige und seines Thum und Handlins bewußte Nobiling erklärt hat, und dieser letztere hat sich zu gerichtlichem Protokoll voll zur Sozialdemokratie bekannt.“

Die „Magdeburg.“ schreibt: „Wenn sich, wie wir annehmen zu dürfen glauben, die Mittheilung bestätigt, wonach der frühere Unterstaatssekretär Dr. Sydow der Nachfolger des Dr. Struck werden soll, so tritt an die Spitze des Reichsgesundheitsamtes einer der bewährtesten und tüchtigsten Staatsbeamten. Lange Zeit unter Dr. Leonhardt im Justizministerium an hervorragender Stelle thätig gewesen, ging auf Dr. Falz's Betreiben Herr Sydow als Unterstaatssekretär zum Kultusministerium über, und es wurde damals vielfach das Scherzwort

Leonhardt's kolportiert: „Wenn ich dem Falk meinen besten Rath abtrete, so wird wohl jeder glauben, daß ich ihm sehr gut sein muß.“ Nun ist Dr. Sydow, wenngleich augenblicklich Präsident der Staatschuldenverwaltung, zur Uebernahme der Leitung des Reichsgesundheitsamtes vorzüglich geeignet, weil er, als mehrjähriger ununterbrochener Vorsitzender der medizinischen wissenschaftlichen Deputation im Kultusministerium, Erfahrungen gesammelt hat, die sich für das Reich gut verwerten lassen. Es sind aber nicht einmal die technischen Erfahrungen für Dr. Sydow's neues Amt die Hauptache, sondern der Hauptgewinn für das Reichsgesundheitsamt liegt in der Gewinnung einer juristischen Kapacität, die im Stande ist, völlig vorurtheilsfrei zu dirigiren. Unsere Konsistorien und unsere Medizinalkollegien hütteten sich sehr wohl, Theologen und Mediciner zu ihren Vorsitzenden zu machen; sie bekamen hierzu rechtsverständige Männer, und führten gut dabei. Die sachverständigen Kräfte werden um so erfolgreicher wirken, je mehr sie durch einen ganz unparteiischen Vorsitzenden dirigirt, der bei allen wichtigen Anlässen wie der Vorsitzende eines Schwurgerichtshofes juridisch-logisch Fragen zu formuliren hat, der auch eine Menge reiner Rechtssachen rasch entscheiden muß. Die Ernennung des Dr. Sydow zum Chef des Reichsgesundheitsamtes würde allerwärts den besten Eindruck machen, und wir glauben, wie gesagt, daß die Ernennung erfolgen wird.“

Der Bericht, der den Dekreten über die französischen Ordensgemeinschaften voransteht, lautet: Paris, 29. März 1880. Herr Präsident! Ein Grundsatzer unseres Staatsrechts ist, daß keine religiöse Männer- oder Frauen-Kongregation sich in Frankreich ohne vorhergehende Erlaubnis niederlassen darf. Dieser Grundsatzer ist namentlich im Artikel 11 des organischen Gesetzes des Konkordats des 18. Germinal des Jahres X. ausgesprochen: „Die Erzbischöfe und Bischöfe können mit Erlaubnis der Regierung in ihren Diözesen Domkapitel und Seminarien errichten. Alle anderen geistlichen Anstalten sind abgeschafft“, so wie in dem Artikel 4 des Gesetzes des Missions des Jahres XII: „Keine Männer- oder Frauen-Kongregation oder Association kann in Zukunft unter dem Vorwande der Religion gebildet werden, wenn sie nach Einsicht der Statuten und Reglements, denen gemäß diese Gemeinschaft oder Gesellschaft zu leben gesonnen ist, nicht durch ein kaiserliches Dekret förmlich ermächtigt wird.“ Ungeachtet dieser klaren Bestimmungen hat sich in Frankreich eine große Anzahl von Männer- und Frauen-Ordensgesellschaften besonders unter dem zweiten Kaiserreich und seit den Ereignissen von 1870 gebildet. Eine 1877 von 500 nicht erlaubten Ordensgesellschaften fest, die nahe an 22,000 Mitglieder beider Geschlechter zählten. Die Staatsbehörden haben je nach den Erfordernissen der Fälle oder nach den Vorderungen der öffentlichen Meinung diesen Zustand bald geduldet, bald ihm ein Ziel zu setzen gefucht. Wer erinnert sich nicht z. B. der berühmten im Jahre 1845 von Herrn Thiers an Herrn Guizot gerichteten Interpellation, die mit einer fast einstimmig von der Deputirtenkammer angenommenen Tagesordnung abgeschloß, welche die Regierung aufforderte, die bestehenden Gesetze auf die erlaubten Kongregationen in Anwendung bringen zu lassen? Eine ähnliche Thatsache ist wieder vorgekommen. Infolge der Berathung über das Gesetz betreffs des Universitäts-Unterrichts und der Erklärung, die das Kabinett genothigt wurde vor dem Senat abzugeben, beschloß die Deputirtenkammer am letzten 16. März mit ungeheurer Mehrheit folgende Tagesordnung: „Die Kammer, welche der Regierung vertraut und auf ihre Festigkeit in der Anwendung der bestehenden Gesetze auf die nicht erlaubten Ordensgesellschaften rechnet, geht zur Tagesordnung über.“ Es ist also die Pflicht der vollziehenden Gewalt die verschiedenen, auf dem Gebiete der Republik zerstreuten Ordensgemeinschaften dahin zu bringen, daß sie sich nach den von der geltenden Gesetzegebung vorgesezten Regeln richten und die Rechtfertigungen liefern, ohne welche eine längere Duldung nicht gewährt werden könnte. Nachdem diese Rechtfertigungen geliefert sein werden, werden die Staatsgewalten zu urtheilen haben, welche Ordensgesellschaften ermächtigt werden können. Unter den nicht ermächtigten Ordensgesellschaften gibt es jedoch eine, bei weitem die wichtigste, deren besondere Lage zu verfehlen unmöglich ist. Wir reden von der Gesellschaft Jesu, die zu verschiedenen Zeiten verboten wurde und gegen die sich das nationale Gefühl immer ausgesprochen hat. Es gibt keine Regierung, welche wagen dürfte, deren Anerkennung den gefeigenden Versammlungen vorzuschlagen. Heute von dieser Gesellschaft die Erfüllung der zu ihrer Ermächtigung notwendigen Formalitäten zu verlangen, wo man im Voraus weiß, daß diese Ermächtigung ihr verweigert werden würde, wäre weder angängig noch würdig. Es ist sicherlich vorzuziehen, ihr jetzt schon eine ameimbare Frist zu bewilligen, nach welcher sie aufzuhören muß, als Ordensgesellschaft zu bestehen. Es handelt sich hier nicht darum, ihre vereinzelt Mitglieder zu verfolgen und an individuelle Rechte die Hand anzulegen, wie man glauben zu machen vergeblich sucht, sondern einzig und allein darum, eine nicht ermächtigte Gesellschaft zu verhindern, sich durch gesetzwidrige Handlungen fundzugeben. Wir sind daher veranlaßt, Herr Präsident, Ihnen zwei getrennte Dekrete in Vorschlag zu bringen, um den von dem Beiflange der Kammer bezeichneten Missbräuchen ein Ende zu machen: Ein erstes Dekret, welches die Frist bestimmt, nach deren Ablauf die Missbräuche des Jesuitenordens in Frankreich geschlossen werden, und ein zweites, welches die Förmlichkeit regelt, die von allen übrigen nicht ermächtigten Ordensgesellschaften zu erfüllen ist. Wir bitten Sie, dieselben mit Ihrer Unterschrift versehen zu wollen. Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck unserer achtungsvollen Ergebnigkeit.“

Der Siegelbewahrer: Justizminister Jules Casot.
Der Minister des Innern und der Kulten: Ch. Lepère.
In Petersburg erscheint, wie bereits mitgetheilt, jetzt eine neue Regierungs-Zeitung unter dem Titel „Bereg“ (das Ufer). Der Herausgeber ist der bisherige juristische Professor der Universität Odessa, Zitowitsch, und die Regierung soll dem Blatte eine Unterstützung von 100,000 Rubel zugewandt haben. Indessen haben die Minister, die sich für das Blatt interessirten, an Be-

deutung eingebüßt, da inzwischen Graf Loris-Melikow zum Diktator ernannt ist. Ob es auch des letzteren Organ sein wird, muß sich zeigen. Das Blatt tritt mit einem sehr vorsichtigen Programm auf, aus dem sich auf seine politische Haltung noch kein Schluß ziehen läßt. Dagegen hat die „Russkaja Pravda“, dasselbe Organ, welches erst jüngst einen Heftartikel gegen Deutschland brachte, aufgehört, zu erscheinen; die Censur hat das Blatt tot gemacht. Seine Redaktion veröffentlicht im „Russki Mir“ folgende Erklärung: „Indem wir vom 1. März ab unser Blatt nach fünfmonatlichem Richterschein wieder erscheinen ließen, hatten wir die feste Absicht, unserer Zeitung keine neuen administrativen Strafen zuzuziehen, die auf die Leser wie auf die Redaktion immer schwer zurückwirken. Die Verwarnung, welche wir heute erhalten haben, hat uns aber überzeugt, daß wir bei aller Vorsicht außer Stande sind, die Ausgabe vor Censurstrafen zu bewahren. In solcher Überzeugung können wir unser Werk nicht fortführen und sind gezwungen, zu unserem tiefen Schmerze, die Herausgabe der „Russkaja Pravda“ bis zu einer günstigeren Zeit einzustellen.“ Darin hat die „Russische Wahrheit“ vollkommen Recht: wenn eine Zeitung bei der Censur schlecht angeschrieben steht, so kann sie sich trotz aller Vorsicht vor Strafen nicht schützen und wird dann so lange gegeiselt, bis sie eingeht. Die Rechte der Herausgabe für Trubnikows „Telegraph“ und dessen „Börsen-Zeitung“ sollten am 27. März meistbietend verkauft werden. Das Angebot betrug 100 Rubel und es fand sich nicht ein einziger Liebhaber dafür.

Nach den Wahlnachrichten aus England hätten die Liberalen 16 Sitze ihren Gegnern abgenommen; das würde die bisherige Mehrheit allerdings erheblich vermindern und die Aussichten der Tories sehr verdunkeln. Mit Spannung erwartet die Welt das Endergebnis dieser Wahlkampagne, vielleicht nirgends mit größerer als in Russland, trotzdem das „Journal de St. Petersburg“ mit Rücksicht auf den jüngsten Deutschen-Austausch zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Alexander erklärt, man könne dem Wahlergebnis in England mit einer gewissen Philosophie, wenn nicht mit einer absoluten Gleichgültigkeit entgegensehen. Das offiziöse petersburger Blatt ironisiert die französische, deutsche und österreichische ministerielle Presse, welche sich für die Erhaltung des Kabinetts Beaconsfield so lebhaft interessiert. Man könne mit Vertrauen das Verdict der englischen Wähler erwarten, welche sicherlich keine Politik der Abenteuer ermutigen werden: Mögen sie nun das gegenwärtige Ministerium unterstützen oder ihre Stimmen zu Gunsten Gladstones und seiner Freunde abgeben.

Das Gesamtergebnis der Wahlen wird sich erst Mitte des Monats feststellen lassen. Die jetzt vorliegenden Wahlen sind solche größerer Städte; die Nachrichten aus den ländlichen Wahlbezirken verippten sich erfahrungsmäßig stets um einige Tage. Mit welch fieberhafter, wachsender Erregung man in England den Verlauf der Wahlkampagne verfolgt, ist schwer zu beschreiben. Die ersten Wahlergebnisse werden in England ganz besonders hoch gestellt, da sie bei dem successiven Vollsug einen großen Einfluß auf die folgenden zu haben pflegen. Das erste Ergebnis pflegt man als das Vorzeichen des Endresultats anzusehen, es reflektiert den Zug der Volksströmung und gibt ihr vielfach noch die Richtung. Das Hauptinteresse knüpft sich diesmal an die Boroughs-, die Wahlstrecken. Der Stand der Meinungen in den Grafschaften ist zu übersehen und bekannt, die Uebertragungen sind in den Wahlstrecken zu erwarten. Im Jahre 1874 war es gerade in diesen Bezirken, wo der hauptsächliche Verlust der Liberalen stattfand. Die Wahlen in den Boroughs werden in dieser Woche durchgängig zu Ende geführt; die Wahlen in den Grafschaften schließen den Reigen.

Der „Wall Mail Gazette“ zufolge hat die chinesische Regierung an ihren Verwicklungen mit Russland und Japan noch nicht genug, sondern steht auch vor einem Streit mit Portugal. Sie erhebt Anspruch auf die portugiesische Besitzung Macao, deren Portugal sich widerruflich ohne Erlaubnis, ohne Krieg und ohne Abkommen irgend welcher Art bemächtigt habe.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 1. April. [S. B. Oppenheim's Beerdigung.] Heute früh ist S. B. Oppenheim unter großer Theilnahme der politischen und literarischen Kreise Berlins zu Grabe getragen worden. Die bescheidene Junggesellenwohnung des Verstorbenen war kaum im Stande, die zahlreich erschienenen Vertreter des Parlaments, der Literatur, der Wissenschaft, der Tagespresse u. s. w. zu fassen, so daß viele der später Gekommenen sich mit einem Platze im Korridor oder auf dem Hausrat begnügen mußten. Nach dem Gesang der ersten Strophe des Liedes „Es ist bestimmt in Gottes Rath“ sprach Oberbürgermeister Horstendorff kurz, aber mit wärmster Sympathie dem Verstorbenen die Anerkennung seiner Parteigenossen für sein uneigennütziges Wirken, für die mannigfache Anregung und Ermutigung aus, welche seine Freunde stets von ihm erhalten hatten. Dann folgte die zweite Strophe des Mendelssohn'schen Gesanges, und nun trat Friedrich Kapp an den Sarg und hielt dem dahingeschiedenen Politiker eine politische Leichenrede. Kapp erinnerte zu seiner Legitimation daran, daß er einer der ältesten Freunde Oppenheim's aus den Studentenjahren sei; er schilderte den Idealismus des damaligen politischen Strebens der Jugend, von welchem die heutige Generation kaum eine Ahnung habe, und kam dann auf die Treue, mit welcher Oppenheim, während er im Jahre 1866 sich freudig zum Mitwirken an der Erfüllung seiner Jugendideale auf einem unvorhergesehenen Wege entschloß, an den alten Grundsätzen und Ueberzeugungen festhielt. Diese Ausführungen der Kapp'schen Rede waren nicht ohne direkte Beziehungen auf die Gegenwart, auf die vielfach hervortretende Gesinnungslosigkeit und das Vergessen der Prinzipien inmitten einer fälschlich sogenannten realpolitischen

Thätigkeit. Der Redner sprach dann von dem zehnjährigen Exil Oppenheim's. Wenn er dabei aufführte, wie eine solche vieljährige Abwesenheit vom Vaterlande die Existenz eines Menschen gewissermaßen in zwei Hälften schneide, so daß er nach der Rückkehr erst alle abgerissenen Beziehungen wieder von Neuem knüpfen müsse, so sprach Kapp, der bekanntlich ebenfalls die fünfziger Jahre in der Verbannung zubringen mußte, aus eigener Erfahrung. Er beklagte, daß das Exil den Verstorbenen an der vollständigen Ausnutzung gerade der besten Jahre seines Lebens für die politischen Zwecke, denen er dasselbe gewidmet hatte, gehindert, und schilderte, wie er gleichwohl unverbittert durch diese Erfahrungen vom ersten Tage seiner Rückkehr in das Vaterland bis zu seinem Tode ebenso beständig wie uneigennützig für seine politischen und sozialen Ziele gearbeitet und gekämpft habe. Dabei kam Kapp naturgemäß auf die sogenannte Judenfrage zu sprechen, welcher Oppenheim's letzte literarische Arbeiten gegolten haben. Mit außerordentlicher Schärfe wandte sich der Redner gegen den, wie er sich ausdrückte, „Unfug“ jener Angriffe auf die Juden, von denen er vorhersagte, daß sie in naher Zukunft allen denen, welche sich daran beteiligten, zur Schande gereichen würden. In einem kurzen Rückblick auf die politischen Leistungen Oppenheim's erinnerte er namentlich an die unter dem Titel „Friedenglossen zum Kriegsjahr“ gesammelten Aufsätze; mit Recht führte er aus, das Jahr des großen französischen Krieges habe im Gegensatz zu anderen derartigen Epochen wenig bedeutende poetische Blüthen gezeitigt, an Stelle derselben aber eine Anzahl publizistischer Leistungen, welche auch für die Zukunft werthvoll bleiben würden, und diesen zählte er jene Oppenheim'schen Friedenglossen zu. Nachdem Kapp geendet hatte, trat Berthold Aueraach an seine Stelle, um an die politische Rede Gedenkworte anzuhängen, welche mehr die gemüthliche Seite im Wesen des Verstorbenen charakterisierten. Er konnte das um so besser und wirkamer, da er bereits im Vaterhause Oppenheim's in Frankfurt a. M. während der Studentenjahre des Verstorbenen mit ihm verkehrt hatte. Er rühmte die Humanität, die Hilfsbereitschaft Oppenheim's und schloß mit einem poetisch ergreifenden naturwissenschaftlichen Vergleich: er erinnerte daran, wie die Sonnenstrahlen vergangener Jahrtausende, seitdem in der Erde aufbewahrt, in der Gegenwart wieder Licht, Wärme, Farbe werden, und er führte aus, wie auch eine geistige Thätigkeit, welche einmal erwärmt und befürchtend gewirkt hat, auch in der Zukunft eine derartige Wirkung noch üben könne. Eine lange Wagenreihe führte dann das Gefolge nach dem jüdischen Kirchhof, wo die Leiche des ausgezeichneten Politikers und Publizisten nach dem schmucklosen Ritus seiner Religionsgenossenschaft, nach einem kurzen Gebet, das ein Kultusbeamter sprach, in dem Erbbegräbniß der ihm verwandten Familie Friedeberg der Erde übergeben wurde.

Prinz Wilhelm ist am Mittwoch Abend aus England zurückgekehrt und stattete den Majestäten gestern früh seinen Besuch ab. Der Prinz hat sofort seine dienstlichen Funktionen als Hauptmann und Kompaniechef im 1. Garde-Regiment z. F. aufgenommen. — Es bestätigt sich übrigens, daß für die künftige Reisedienst des Prinzen nach seiner Verheirathung, die jedoch frühestens im nächsten Jahr stattfinden soll, das Stadtchloß zu Charlottenburg in Aussicht genommen ist. Zu diesem Beibot einer Erweiterungsbauten des genannten Schlosses beabsichtigt, deren Innungnahme bereits erfolgt ist.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck beging heute in voller Frische und Gesundheit seinen Geburtstag. Bereits in den Vormittagsstunden erschienen im Palais die vertrauteren Freunde des Fürsten, welche ihm persönlich ihre Gratulation überbrachten. Das diplomatische Corps ließ insgesamt Karten abgeben; eine große Menge von distinguierten Persönlichkeiten schloß sich demselben an. Aus allen Gegenden Deutschlands ließen Telegramme und Briefe ein; groß war die Zahl der angekommenen Geschenke, die meist aus Blumen bestanden. Die Kapelle des Kaiser-Alexander-Regiments brachte dem Fürsten eine Morgenmusik. Ein zahlreiches Publikum hatte sich vor dem Palais eingefunden und bezeugte durch seine Gegenwart, welche Theilnahme die Berliner Bevölkerung dem Geburtstage des Fürsten widmet. Gustav Schwetschke, der bekannte Bismarckläufer, feierte in der „Halle'schen Zeitung“ den Fürsten mit folgenden Versen:

An Fürst Bismarck.

Zum 1. April 1880.

Ni jamais, ni toujours! C'est la devise de l'amour.
Was ich glückwunschend jüngst Dir schrieb, Das müßt' ich heut' Dir wieder sagen. Doch soll man, hat man Demand lieb, Ihn nicht mehr mit Liebe plagen, Denn „Weder nie, noch immerfort!“ Das ist der Liebe Losungswort.

Doch immerfort bleibt es dabei: Wir schreiben nach der Reichskanzlei. Nur dieses Liebeswort vor allen, Läßt Dir, Befreiter, heut' gefallen, Denn heut', o Jammer, Noth und Pein! Tritt auch der neue Duftus ein.

Fürwahr! der Erste im April, Treibt seine Scherze, wie er will.

Der dem Reichstage nunmehr vorliegende Entwurf des Viehseuchengesetzes für das deutsche Reich schließt sich im wesentlichen demjenigen von Preußen aus dem Jahre 1875 an, ja er ist in den meisten Paragraphen identisch mit demselben. In den übrigen deutschen Staaten waren bisher vielfach abweichende Bestimmungen vorherrschend, und es war dringend nothwendig, zur Bekämpfung der gemeinsamen Gefahr der Unterdrückung der Viehseuchen gleichmäßig und gemeinsam vorgehen zu können. Bayern z. B. gewährte keine Entschädigung für von Polizei wegen getötete seuchefreie Thiere. Bremen hatte über die trichinenfreien Schweine, die Fleischbenutzung, Bekämpfung der Tiervadaver noch besondere Bestimmungen. Bekanntlich ist die „Kinderpest“ in einem besondern Reichsgesetz behandelt und scheidet hier aus. Es beschränkt sich daher nur auf die 8 Seuchen: 1. Milzbrand, 2. Tollwuth, 3. Ros (Wurm) der Pferde, Esel, Maulthiere und Maulesel; 4. Maul- und Klauenseuche des Rindviehs, der Schafe, Ziegen und Schweine, 5. Lungenseuche des Rindviehs, 6. Pockenseuche der Schafe, 7. Beschälseuche der Pferde und der Bläschenausschlag der Pferde und des Rindviehs, 8. Räude der Pferde, Esel, Maulthiere, Maulesel und der Schafe. Es sind ganz dieselben Seuchen, wie bei dem preußischen Gesetz, nur daß die Bestimmungen über die Tollwuth und den Milzbrand nicht, wie im preußischen Gesetz, auf die Haustiere bechränkt sind, sondern hier allgemein, also auch den „Wildstand“ wegen der Übertragbarkeit des Ansteckungsstoffes mit einbezogen. Bei der Räude sind jetzt die Esel, Maulthiere und Maulesel mit einbezogenen. Indem wir voraussetzen, daß die Bestimmungen des preußischen Gesetzes bekannt sind, wollen wir nur die wichtigsten Abweichungen von demselben hier anführen. Das deutsche Reich besitzt ja selbst keine eigenen Organe zur Ausführung

des Gesetzes, es muß dieselbe also den Einzelregierungen überlassen. Das preußische Gesetz hat daher noch Bestimmungen über die Zuständigkeit der Behörden und Beamten, über die Besteitung der durch das Verfahren entstandenen Kosten und die Aufristung der Entschädigung, die beim Reichsgesetz natürlich fehlen. Dem Reichskanzler liegt ob, die Ausführung des Gesetzes zu überwachen, er kann in nothwendigen Fällen einen Reichskommissär ernennen. Die Behörden der Bundesstaaten sind verpflichtet, bei der Ausführung sich gegenseitig zu unterstützen. Die Provinthiere und Remontedepots der Militär-Verwaltung, sowie die Pferde der Staatsgestüte sind wie im preußischen Gesetz ausgeschlossen, doch ist denselben, abweichend vom preußischen Gesetz, eine sorgfältige Anwendung der Bestimmungen dieses Gesetzes bei den vorzunehmenden Maßregeln empfohlen, auch die Bestimmungen auf die Hindvieh- und Schafseuchen derselben ausgedehnt, ebenso die Anzeigepflicht an die Polizeibehörden festgesetzt, und umgekehrt die Polizeibehörde verpflichtet, den Seuchenverdacht und den Seuchenausbruch dem General-Kommando mitzuteilen. Der Reichskanzler wird zugleich beauftragt, die Anzeigepflicht vorüber auch für andere Seuchen einzuführen. In dem preußischen Gesetz werden alle Seuchen in Betreff der Anzeigepflicht gleichmäßig behandelt, während hier die Landesregierung ermächtigt wird, solche Bezirke, in welchen sich der Milzbrand ständig zeigt, von der Anzeigepflicht infolge zu entbinden, als die Seuche nur auftritt. Nach den Bestimmungen des sächsischen Gesetzes kann die Polizeibehörde bei der Maul- und Klauenseuche ohne Zugabe des Thierarztes vorgehen, nach dem preußischen bedarf es der Zugabe des Thierarztes. Bei dem vorliegenden Reichsgesetz ist es der Polizeibehörde freigestellt, bei Maul- und Klauenseuche sowie bei Milzbrand nur im ersten Falle, nicht auch in allen weiteren Fällen einen Thierarzt zu zwingen. Ebenso ist im preußischen Gesetz auch die Beaufsichtigung der Vieh- und Pferdemärkte, Thierschauen sc. durch beamtete Thierärzte angeordnet, diese Bestimmung ist im Reichsgesetz nur noch auf die in privaten Räumlichkeiten zusammengebrachten Viehbestände, sowie auf die zu Zuchtzwecken ausgesetzten männlichen Zuchttiere ausgedehnt. Auktionen auf den Höfen selbst sind darin indeß nicht eingeschlossen. Was die speziellen Vorschriften bei den einzelnen Seuchen anbetrifft, so ist schon im Allgemeinen dem Reichsgesetzesentwurf eine Definition der seuche verächtigen Thiere vorangestellt und z. B. bei der Lungenseuche auch die Tötung verächtiger Thiere der Polizeibehörde anheim gegeben. Beim Milzbrand ist das Verbot des Schlachtens der erkrankten oder verdächtigen Thiere nicht wie im preußischen Gesetz an das Gutachten des beamteten Thierarztes gebunden, sondern darf überhaupt nicht gerufen. Auch sind die Vorschriften jetzt über die Abhäutung und Bekämpfung der Wildstiere ausgedehnt. Eine der wichtigsten Änderungen, die in dem neuen Gesetz nach jahrelangen Verhandlungen endlich zum Abschluß gelangt, ist die Bekämpfung oder das Verbot der Schutzimpfung (Lämmerimpfung). Man verwechselt dieselbe häufig mit der Impfung der Menschen. Hier findet eine Impfung mit der unschädlichen Rubspoke statt, während bei der Impfung der Schafe die gefährliche Schaspoke selbst eingempißt wird, und so der Ansteckungsstoff gewissermaßen fortwährend mit Gefahr aller Herden fortgezichtet wird. Dagegen wird die Rothimpfung beim Ausbruch der Seuche von der Polizeibehörde angeordnet werden. Was die Entschädigungspflicht für die getöteten Thiere anbetrifft, so ist dieselbe nach dem preußischen Gesetz mit Ausnahme von Lungenseuche und Ros und mit den im Gesetz selbst enthaltenen Ausnahmen von der Staatskasse zu tragen. In dem Reichsgesetz wird die Entscheidung darüber, wie die Entschädigung zu leisten und wie sie zu ermitteln und aufzubringen ist, den Einzelregierungen aufgetragen. Die bereits bevorstehenden Vorschriften der Bundesstaaten bleiben dabei unberührt, und sind, bis zum Eintritt einer anderweitigen Regelung bei denjenigen Staaten, bei welcher bisher keine Bestimmungen hierüber bestehen, durch Beiträge der Bevölkerung zu überwinden. Statt der bei Lungenseuche und Ros im preußischen Gesetz genau ausgeführten Bestimmungen der Entschädigungspflicht, sind in dem Reichsgesetz seite Normativbestimmungen gegeben, nach welcher sich diejenigen der Einzelregierungen zu richten haben. Dieselben sind den preußischen analog, z. B. muß des gemeinen Werthes als Entschädigung bei der Rotfrankheit und bei der Lungenseuche mit den bekannten Ausnahmen und Anrechnung der zur Verfügung stehenden Theile gewährt werden. Die Strafbestimmungen sind dieselben wie beim preußischen Gesetz, nur ist noch eine Verhärting für solche Zu widerhandlungen geschaffen, welche in der Absicht, sich oder Anderen einen Vermögensvortheil zu verschaffen, gemacht worden sind.

Aus Sachsen, 26. März. Ein merkwürdiger Vorfall beschäftigt die politische Polizei unseres Landes. In einer der letzten Sitzungen der zweiten Kammer fanden — wie erst jetzt bekannt geworden ist — sämtliche Abgeordneten in Zürich erhebenden „Sozialdemokrat“, in Couvert und mit genauer Adresse versehen, auf ihren Plätzen vor. In dem Blatte war ein Artikel blau angestrichen, welcher sich in heftigen Angriffen gegen den Landtag anlässlich der Gültigkeitserklärung der chemnitzer Wahl des Abg. Ruppert erging. Die Sache wurde sofort der Polizei übergeben und dieselbe scheint Grund zu haben, die Absender der Blätter in Chemnitz zu suchen, denn es begannen dort unverzüglich die Recherchen. Zunächst wurden beim Reichstags-Abgeordneten Wiener und seinen Kompagnons Haussuchungen gehalten. Obgleich dieselben so gut wie gar kein Resultat hatten, ist die Sache doch der Staatsanwaltschaft übergeben worden, und dieselbe läßt nun auf der chemnitzer Postanstalt sämtliche Briefe, Packete sc., die an den Reichstags-Abgeordneten Wiener oder an dessen früheren oder jetzigen Associé gerichtet sind, beschlagnahmen. Gleichzeitig wurde noch verfügt, daß auch sämtliche Postfächer, die an die Firma, deren Mitinhaber Herr Wiener ist, seitens der Post an die Staatsanwaltschaft abzuliefern sind. Die Post hat sogar die Zusendungen, welche Herrn Wiener vom Bureau des deutschen Reichstages zugingen, der Staatsanwaltschaft übergeben, bei welcher sie 6—7 Tage lagerten, dann aber uneröffnet zurückgegeben wurden. In Bezug auf solche amtliche Sendungen vom Reichstage ist die Anordnung der Beschlagnahme auf Beschwerde aufgehoben worden, für alle anderen geschäftlichen Brief- sc. Sendungen bleibt sie noch in Kraft.

Locales und Provinzielles.

Posen, 2. April.

— [Ernennung des General-Superintendenten.] Der „Reichsanzeiger“ bringt heute, wie bereits telegraphisch gemeldet worden, die amtliche Mittheilung, daß der bisherige ordentliche Professor der Theologie, Konfessorialrath Dr. Geß in Breslau, zum General-Superintendenten unserer Provinz ernannt worden ist.

r. Die Grundstücke der posener Aktien-Brauerei-Gesellschaft „Feldschloß“ in Posen, über deren Vermögen bekanntlich der kaufmännische Konturs eröffnet worden ist, kommen nunmehr am 24. Jun. d. J. auf dem hiesigen Amtsgericht zur nothwendigen Subhastatio-

Es sind dies: das in der Stadt Posen Vorstadt St. Martin unter Nr. 81 B. (Ecke der St. Martins- und Mühlstraße) belegene Grundstück, auf welchem sich eine Brauerei und ein dreistöckiges Wohngebäude mit einem großen Restaurationslokal befindet und welches zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswert von 8155 M. veranlagt ist; ferner die beiden in dem Dorfe Jerzyce unter Nr. 272 und 202 an der breslauer Chauffee belegenen Grundstücke, auf welchen sich die umfangreichen Brauerei-Gebäude, sowie das Feldschloss-Etablissement mit großem Saale und Garten befinden.

r. Von dem alten Postgebäude an der Wilhelmstraße soll die an das Beelitzsche Grundstück grenzende Hälfte im Laufe der nächsten Wochen abgebrochen und dort alsdann während der diesjährigen Bauperiode ein neues dreistöckiges Postgebäude aufgeführt werden, welches sich in der Bauart dem vor einigen Jahren an der Friedrichstraße errichteten neuen Postgebäude anschließen wird. Nach Vollendung dieses Baues wird alsdann später der noch übrig bleibende Theil des alten Postgebäudes an der Wilhelmstraße gleichfalls abgebrochen und durch einen Neubau ersetzt werden. Die Bureau, welche sich bisher in dem während der nächsten Wochen zum Abriss gelangenden Theile des alten Gebäudes befinden, werden während des Baus in das erste Stockwerk des noch stehenden Theiles dieses Gebäudes verlegt werden. Zum Verkauf des abzubrechenden Theiles steht am 8. d. Mts. ein Termin an.

r. Theure Schinken zur Swieconka! In der Woche vor Ostern waren in unserer Stadt geräucherte Schinken, die bekanntlich nebst Wurst und Eiern den Hauptbestandtheil der „Swieconka“ bilden, auch in diesem Jahre ein sehr gefüchter Artikel, und zwar gesucht — nicht allein von den durch siebenwöchentliches Fasten Ausgehungen, sondern auch von den an den Hauptthoren der Stadt positierten Steuerbeamten, welche ganz wohl wissen, daß gerade in der Zeit vor Ostern gar häufig der Versuch gemacht wird, geräucherte Schinken unversteuert in die Stadt einzuschmuggeln. Wie theuer ein solcher Schinken, fällt er von den Steuerbeamten mit Beschlag belegt wird, zu stehen kommt, lehren folgende beiden Vorfälle, die sich hier in den Tagen kurz vor Ostern d. J. ereignet haben: Ein Steuerbeamter, welcher Abends auf der Wallstraße zwischen Berliner Thor und Paulskirche patrouillierte, um Diejenigen abzufassen, welche mit Umgehung der auf die St. Martinsstraße befindlichen Berliner Thor-Kontrolle auf diesem Wege etwa defraudieren wollten, bemerkte einen Mann, der vom Berliner Thor herkam, und ihm sofort bekannt erschien. Er erinnerte sich, daß dies ein Fleischer sei, der viele Jahre in der Provinz Polen ansässig gewesen war, sich vor einem Jahre in einem Dorfe dicht vor den Thoren der Stadt niedergelassen hatte, und von ihm vor einigen Monaten an der Wildathor-Kontrolle auf der Wallstraße mit 6 Pfund Hafleisch abgefischt und zur Beiträgung gebracht worden war. Der Steuerbeamte bemerkte, daß der Fleischer seitdem sehr korpulent geworden sei, und teilnehmend und neugierig trat er an seinen alten Freund heran, um sich nach seinem Bestinden zu erkundigen. Indem er ihn dabei freundschaftlich umfaßte, nahm er wahr, daß die Körpulenz des Fleischers sehr zweifelhaft Art sei. Er führte ihn daher zur Berliner Thor-Kontrolle, wo dann bei seinem guten Freunde ein 10 Pfundiger geräuchter Schinken entdeckt wurde. Für diese Entdeckung zahlte der Fleischer unter manchem Weh und Ach: die einfache Steuer mit 60 Pf., das Achtfache der Steuer als Strafe mit 4 M. 80 Pf., er büßte ferner den konfiszierten Schinken mit 60 Pf. pro Pfund ein = 6 M., Summa 10 M. 40 Pf. Zum Abschiede wünschte der freundliche Steuerbeamte seinem Freunde noch recht vergnügte Feiertage. — In der nächstfolgenden Nacht um 12 Uhr pafierten das Berliner Thor heiter und fröhlich drei muntere Burschen mit Reisekoffern auf den Schultern. Von den Steuerbeamten angehalten und nach dem Inhalte der Koffer befragt, gaben sie an, sie seien soeben mit dem Eisenbahnyuge angelangt, es sei Wäsche in den Koffern enthalten; auch boten sie den Steuerbeamten sofort die Schlüssel zum Deffnen derselben an. Die Beamten, unglaublich wie Thomas, veranlaßten die drei munteren Burschen, in die Thor-Kontrolle einzutreten, und hier ergab sich nach Deffnung der Koffer, daß in denselben drei Schinken mit dem Gesamtgewicht von 32 Pfund enthalten waren. Es stellte sich dann ferner heraus, daß die Defraudanten hiesige Böttchergesellen waren, und daß ihr Meister sie abgezwickt hatte, um von außerhalb Schinken zur Swieconka unversteuert einzuschmuggeln. Der brave Meister hatte nun zu zahlen: für die drei Schinken, das Pfund a 60 Pf., 19 M. 20 Pf., für die einfache Steuer 1 M. 88 Pf., die vierfache Steuer als Strafe: 9 M. 2 Pf., zusammen 30 M. 10 Pf., Pfeffer und Salz brauchte der Meister nicht weiter zu diesen theuren Oster-Schinken, das hatten ihm die höflichen Steuerbeamten gründlich besorgt!

u. Rawitsch. 30. März. [Schauturnen der städtischen Töchterschule.] Zum 1. Oktober d. J. werden es fünf Jahre sein, seitdem in der städtischen Töchterschule das Turnen eingeführt worden ist. Anfänglich sond es viele Gegner, so daß es im ersten halben Jahre zwar auf Anordnung der Behörde betrieben, aber dennoch als eine reine Privatsache betrachtet wurde. Erst Ostern 1876, nachdem ein Schauturnen stattgefunden hatte, und die damaligen Stadtverordneten sich dabei von der Nützlichkeit, ja Nothwendigkeit des Mädchenturnens überzeugten, wurden die Ausgaben dafür auf den städtischen Etat gesetzt; der Turnunterricht wurde ein obligatorischer Gegenstand. Seit dieser Zeit hat er sich immer mehr Freunde und Förderer erworben. Dienstag, den 23. d. M. fand unter zahlreicher Beteiligung des Publikums das diesjährige Schauturnen statt. Neben die dabei zu Tage getretenen Leistungen entnehmen wir einem längeren Artikel unseres Kreisblattes Folgendes: Wir erfassen mit großer Freude an, daß dies Schauturnen nicht allein ein wohlgegeneses, sondern auch in allen Beziehungen ein mutergültiges war, wir bedauern nur, daß in der Turnhalle der Raum zu beschränkt ist, um allen denen den Zutritt zu gestatten, die sich für das Turnen interessieren und die vielleicht aus der Anschauung dieses Schauturnens hätten etwas lernen können. Wenn auch das Turnen der Mädchen sich wesentlich andere Aufgaben stellen muß, als das Turnen der Knaben, Jünglinge und Männer, so sind doch die Zwecke und Grundlagen eines jachgemäßen Turnbetriebs, überall dieselben. Bildung und Bereitung des Körpers ist hier wie dort der Hauptzweck der Turnkunst. Während der Knabe und Jüngling in allem seinen Thun und Lassen, in seinem Streben und Entbehren zur männlichen Rüftigkeit an Leib und Seele hingeführt werden soll und die Entwicklung von Kraft, Mut und Entschlossenheit das Hauptziel der turnerischen Ausbildung ist, soll das Turnen bei den Mädchen vor frankhafter Sentimentalität bewahren und zu wahrhaft weiblicher Sinnigkeit und Innigkeit hinführen. Alles — Tritt, Schritt, jede Bewegung, Gang und Gesang soll leibliche Anmut, geistige Schönheit abmeten und abspiegeln, wodurch die frische Erfassung des weiblichen Gemüths, sowie die gesunde und kräftige Innanspruchnahme der Glieder nicht ausgeschlossen wird und der Ernst und die Ausdauer sich wohl verbinden lassen. — Dies Ziel haben die Turnlehrer der Töchterschule Hubel und Sieg nicht allein richtig und voll erfaßt, sondern sie haben auch die Fähigkeit und den Willen, das von ihnen als richtig Erkannte in angemessener Weise auszuführen. Die vorgeführten Übungen waren systematisch gut geordnet und mit Geschick den Kräften und Fähigkeiten der Schülerinnen angepaßt, sie wurden mit seltener Sicherheit, Ruhe und Anmut durchgeführt. Schritt und Haltung, die Gleichmäßigkeit des Abstandes und der Richtung lieken nichts zu wünschen übrig; ein Versehen, ein Fehler, ein falscher Tritt ist überhaupt nicht vorgekommen. Nur die Haltung der Hände in Speich- und Ristlage war nicht durchweg ganz korrekt und die Stabübungen hätten in langsamerem Zeitmaß ausgeführt werden sollen. Das Auge verlangt einen kurzen Ruhepunkt, zu schnelle Übungen machen unruhig.

zuges nach Baden-Baden zurückgereist und dort Abends 6^{1/2} Uhr eingetroffen.

München, 31. März. Der König von Bayern hat mittels eines sehr gnädigen Handschreibens dem General der Infanterie, Freiherrn von der Tann, welcher heute sein 25-jähriges Generalsjubiläum feiert, das Großkreuz des Militär-Verdienstordens verliehen.

Prag, 1. April. Der Kronprinz Rudolf ist hier eingetroffen und von der Bevölkerung enthusiastisch begrüßt worden. Zum Empfang des Kronprinzen hatten sich die Spitäler der Behörden und das Kollegium der Stadtverordneten am Bahnhof versammelt. Der Bürgermeister hielt eine Ansprache, in welcher er der freudigen Theilnahme, welche die Stadt Prag an der Verlobung der Kronprinzen nehme, Ausdruck gab und die Hoffnung aussprach, daß der Kronprinz mit seiner Gemahlin hier seinen Aufenthalt nehme. Der Kronprinz dankte in deutscher und böhmischer Sprache und bemerkte, daß er gern in Prag weile. Nach dem Abschreiten der Bürgerwachen fuhr der Kronprinz durch die mit österreichischen und belgischen Fahnen prachtvoll geschmückte Stadt nach dem Schlosse.

Pest, 1. April. Aus allen Landestheilen laufen Nachrichten über ausgiebigen warmen Regen und eine erhebliche Besserung des Saatenstandes ein.

Rom, 1. April. Ihre R. R. Hoheit die Frau Kronprinzessin ist heute von Pegli hier eingetroffen und von dem Botenchafter v. Reudell und dem gesammten Botschaftspersonale am Bahnhof empfangen worden.

Mons, 1. April. In der Kohlengrube Anderlues fand eine Entzündung schlagender Wetter statt. Die Zahl der Verunglücksfälle ist noch unbekannt. Von den in der Grube beschäftigten 150 Personen sind bisher 20 Leichen zu Tage gefördert.

London, 1. April. Nach dem Ausweise der Staatskasse betrugen die Einnahmen im letzten Vierteljahr 1879 27,118,226 Pf. Sterl., 1,401,962 Pf. Sterl. weniger als im letzten Vierteljahr 1878. Die Einnahmen des ganzen Jahres 1879 betrugen 81,265,055 Pf. Sterl., 1,850,917 Pf. Sterl. weniger als 1878.

London, 1. April. In der hiesigen City wurden 3 Konervative und ein Liberaler gewählt, die City war auch in dem letzten Parlamente durch 3 Konervative und einen Liberalen vertreten. — Die „Ball Mall Gazette“, welche zu den konserватiven Journals zählt, sieht das bisherige Resultat der Wahlen als eine Niederlage des Ministeriums an und meint, es sei nicht wahrscheinlich, daß die Wahlen von heute und morgen an diesem Resultate etwas ändern würden, es werde ein Wechsel der Regierung nothwendig werden.

London, 1. April. Nach einer hier vorliegenden Privat-depeche aus Lima vom 18. März blieb die chilenische Flotte vom 10. bis zum 13. März in Lobos de Afuza, zerstörte dort die Schleppdampfer und Landungsbrücken, nahm die Behörden gefangen und schleppte Material, Maschinen und Vieh fort.

Newyork, 1. April. Schatzsekretär Sherman erklärte in einer in Mansfield (Ohio) gehaltenen Rede mit Bezug auf die bevorstehende Präsidentenwahl, die republikanische Partei werde die Wiederaufnahme der Baarzahlungen und die Fundirungsoperationen aufrecht erhalten und die konstitutionellen Amänderungen mit allen der Bundesregierung zu Gebote stehenden Mitteln zur Geltung bringen. Die Unionschuld habe sich im vergangenen Monat um 14 Mill. Dollars, mithin um einen Betrag verminder, der größer sei als in jedem früheren Monat seit dem Bestehen der Schuld überhaupt.

Berantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Insertate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April 1880.

Datum	Barometer auf 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
1. Nachm. 2	749,4	NÖ lebhaft	halb heiter	+10,3
1. Abends 10	749,6	O lebhaft	bedeckt	+ 6,1
2. Morgs. 6	750,8	O schwach	bedeckt	+ 3,3

Wetterbericht vom 1. April, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Aberdeen .	745,7	W NW mäßig	Regen	4,4
Kopenhagen .	756,6	SD mäßig	bedeckt	2,7
Stockholm .	763,7	O leicht	bedeckt	- 1,4
Parananda .	771,7	N leicht	wolkenlos	-13,8
Petersburg .	767,1	O leicht	halb bedeckt	- 8,5
Moskau .	766,8	S still	wolfig	- 7,8
Cork . . .	753,9	W schwach	heiter ¹⁾	6,1
Brest . . .	747,7	WW mäßig	halb bedeckt ²⁾	8,1
Helder . . .	745,0	SD leicht	Regen	7,9
Sylt . . .	751,9	SD schwach	halb bedeckt	3,7
Hamburg .	752,5	OSD mäßig	Dunst ³⁾	4,1
Swinemünde .	755,3	SSD leicht	heiter	3,9
Neufahrwasser .	758,4	SD still	bedeckt	2,8
Memel . . .	759,9	SD schwach	bedeckt	1,3
Paris . . .	755,2	WSW schwach	bedeckt	8,4
Krefeld . . .	fehlt			
Karlsruhe .	752,4	SW leicht	Regen	7,4
Wiesbaden .	752,5	SD still	bedeckt	7,5
Kassel . . .	751,0	NWD still	wolfig	5,6
München .	754,9	O schwach	heiter	2,6
Leipzig . . .	754,3	SSD leicht	wolfig ⁴⁾	5,0
Berlin . . .	754,4	O leicht	heiter ⁵⁾	5,0
Wien . . .	756,5	still	wolkenlos	3,2
Breslau . . .	755,7	SD schwach	Nebel	3,2

¹⁾ Seegang leicht ²⁾ Große See. ³⁾ Thau. ⁴⁾ Früh Reif. ⁵⁾ Gestern Abend Regen.

Übersicht der Witterung.
Ein ziemlich starkes Minimum mit stürmischem Winden auf der Nord- und Nordostseite liegt südostwärts fortstreichend über der Nordsee, leichte bis mäßige südöstliche an der deutschen Küste, starke nordwestliche Winde im Kanal bedingend. Das Wetter ist fast allenthalben milder, vorwiegend trüb, an der südlichen Nordsee und im Süd-

deutschland vielfach regnerisch. An der Ostküste Schottlands und der Nordwestküste Frankreichs fallen beträchtliche Regenmengen. Nizza: Nordnordwest, leicht, Dunst, Plus 10,8 Grad.

Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.
Posen, am 31. März Mittags 1,74 Meter.
= 1. April = 1,70

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 1. April. (Schluß-Course.) Schluß schwächer. Lond. Wechs. 20,475. Pariser do. 81,05. Wiener do. 170,95. R. St. A. 146,1. Rheinische do. 157,5. Hess. Ludwigsh. 104. R. M. Pr. Anth. 133. Reichsanl. 99,5. Reichsbank 149,5. Darmst. 149,5. Meininger B. 100,5. Ost.-ung. B. 720,00. Kreditaktien* 247,5. Silberrente 63,5. Papierrente 62,5. Goldrente 75,5. Ung. Goldrente 89. 1860er Loose 125,5. 1864er Loose 309,50. Ung. Staatsl. 215,00. do. Ost.-Ob. II. 80,5. Böh. Westbahn 195,5. Elisabethb. 162,5. Nordwestb. 143,5. Galizier 224,5. Franzosen*) 238,5. Lombarden*) 73,5. Italiener —. 1877er Russen 89,5. II. Orient. 60,5. Zentr.-Pacific 110. Diskonto-Kommandit —. Elbthalbahn —.

Nach Schluß der Börse Kreditaktien 247,5. Franzosen 238,5. Gas- lizier —, ungarische Goldrente 88,5. II. Orientanleihe —, 1860er Loose —, III. Orientanleihe —, Lombarden —, Schweizer. Zentral- bahn —, Mainz-Ludwigshafen —.

* per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 1. April. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 247,5. Franzosen 238,5. Lombarden 73,5. 1860er Loose —. Galizier —. Silberrente 63,5. ungarische Goldrente 88,5. II. Orientanleihe 60,5. österr. Goldrente —. Papierrente —. 1877er Russen 89,5. Meininger Bank —. Still.

Wien, 1. April. (Schluß-Course.) Anfangs durch die englischen Wahlen verstimmt, gegen den Schluß besser.

Papierrente 72,42,5. Silberrente 74,00. Oesterl. Goldrente 88,60. Ungarische Goldrente 104,32,5. 1854er Loose 123,20. 1860er Loose —. 1864er Loose 173,20. Kreditloose —. Ungar. Prämien 115,00. Kreditaktien 300,50. Franzosen 279,70. Lombarden 85,60. Galizier 262,75. Kasch.-Oderb. 129,25. Pardubitzer 135,00. Nordwestbahn 167,00. Elisabethbahn 189,50. Nordbahn 241,50. Oesterreich-umgr. Bank —. Türk. Loose —. Unionbank 114,25. Anglo-Austr. 155,30. Wiener Bankverein 151,00. Ungar. Kredit 276,10. Deutsche Plätze 57,85. Londoner Wechsel 118,80. Pariser do. 47,00. Amsterdamer do. 98,00. Napoleons 9,48. Dukaten 5,58. Silber 100,00. Marknoten 58,42,5. Russische Banknoten 1,24,5. Lemberg-Gernomis 164,00.

Wien, 1. April. Abendbörs. Kreditaktien 299,90. Franzosen 279,

